Nr. 12 1917

Heer und Heimat

Stadt-bücherei Elbing
13. 6. 1917

Korrespondenz für die deutschen Armeezeitungen

Herausgegeben im Auftrage des Deutschen Studentendienstes
Fernsprecher: Berlin Zentrum 8615 & 9397 – Drahtanschrift: Studentendienst, Berlin
Anschrift: Berlin N.W. 7 Bauhofstr. 7.

Ein Wendepunkt im Leben des Volkes.

Das große Geschehen unserer Tage wird das politische Antlitz der Welt umbilden, auch dann, wenn keine umfangreicheren Grenzpfahlversetzungen erfolgen würden. Der Krieg bedeutet eine Weltenwende, wie sie in ähnlichem Umfang und ähnlicher Bedeutung nur selten im Laufe der Jahrtausende geschehen ist. Aber nicht nur nach außen hin wird nach dem Frieden vieles anders sein: auch auf das staatliche und gesellschaftliche Leben im Innern des Landes hat der Krieg schon umgestaltend gewirkt und wird er mit den kommenden Tagen des Friedens noch weiter umgestaltend wirken. Ein Beweis dafür ist die Osterbotschaft unseres Kaisers. Mit dieser Botschaft beginnt ein neuer Abschnitt in der parlamentarischen Geschichte Preußens. Wie ein wuchtiger Markstein steht die Kaiserbotschaft des Ostertages da, trennend das alte Klassenrecht von dem neuen Volksrecht. Ein Doppeltes enthält das Kaiserwort an das Volk. Zunächst eine große Feststellung, ein Bekenntnis. Es wird hingewiesen auf die leuchtenden Leistungen der ganzen Nation in Not und Kampf in Front und Heimat. Dann heißt es: „Die Erlebnisse dieses Ringens um den Bestand des Reiches leiten mit erhabenem Ernste eine neue Zeit ein." Das ist die Feststellung, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit die politische Reifeprüfung bestanden hat. Angesichts dieser Tatsache tritt der König von Preußen auch als Deutscher Kaiser vor sein Volk mit dem königlichen Bekenntnis, daß für eine Nation von solchem staatlichen Pflichtbewußtsein das seitherige Dreiklassenwahlrecht in den Tagen des Friedens nicht mehr in Frage kommen könne. Alle Klassen und Berufe haben das Vaterland geschützt mit Leib und Leben, darum soll auch in Preußen das Wahlrecht werden zu einem Recht für alle, zu einem Volksrecht. Und damit ist der zweite Punkt der Botschaft gegeben: die feierliche Ankündigung der Wahlreform in Preußen. Für das Klassenwahlrecht ist kein Raum mehr; in den lodernden Flammen des Weltenbrandes hat es sein Ende gefunden und ein geläutertes Wahlrecht wird nach dem Kampfe folgen. Das Wort des Kaisers, das er feierlich am Ostertage gesprochen, ist das vollwichtige Unterpfand.

Nun kann das Selbstbestimmungsrecht des Volkes bei einer Neugestaltung des Wahlrechtes zur befriedigenden Geltung kommen. Damit wachsen freilich auch die politischen Verantwortlichkeiten eines jeden einzelnen Staatsbürgers. Die staatliche Reife, welche unser Volk im Kriege gezeigt und zum Teil erst erworben hat, muß hinübergerettet werden in die Tage des Friedens. In ihrem Kern besteht die Reife darin, die staatlichen Dinge und Notwendigkeiten zu sehen und zu begreifen unter dem großen Gesichtspunkte des völkischen Gesamtwohls und aus dieser Erkenntnis den starken Willen zu schöpfen für die Mitarbeit am Staate. Unfruchtbares Nörgeln oder grundsätzliches Verneinen ist mit wahrem Staatsbürgertum nicht vereinbar. Nur das Streben nach positiver, aufbauender Arbeit, die freudige Mitarbeit am Gemeinwohl, der ernste Sinn für Reich und Staat, und für all die Teile, aus denen sich die Volksgemeinschaft zusammensetzt und der feste Wille, allen Teilen des sozialen Körpers Gerechtigkeit und Förderung angedeihen zu lassen, können uns sozial und staatlich wirklich vorwärts bringen und eine neue Zeit begründen.

Indem auch das preußische Wahlrecht zu einem Volksrecht umgewandelt wird, fallen die letzten Ueberbleibsel aus verklungener Zeit, aus der Stände- und Ritterzeit, die sich zähelebig noch erhalten hatten in dem modernen Staate, der doch aus ganz anderen Grundlagen herausgewachsen und aus ganz anderen Lebenskräften zusammengesetzt ist. Darum, weil das Dreiklassenwahlrecht dem Staatsgedanken unserer Tage wesensfremd war, hat es auch immer wieder Anstoß erregt und war besonders in den letzten Jahren zu einem störenden Elemente in unserem politischen Leben geworden. Nach dem Kriege müssen unsere Kräfte hingeleitet werden auf die tausendfältigen Aufgaben in kultureller Hinsicht, die unser harren. Darum müssen diese Kräfte von Hemmungen und Ablenkungen frei gemacht werden. Das ist der große Sinn der frohen Osterbotschaft des Kaisers.

Eine neue Zeit beginnt nach dem Kriege. Der schaffenden Arbeit in jeder Form wird die Zukunft gehören, den schaffenden Menschen, ob sie werken hinter Pflug und Schraubstock oder stehen in leitender Stellung im großen Getriebe des Wirtschaftslebens oder in geistiger Arbeit schaffen am Bau der Kultur. Passives Besitzen gibt keine Vorrechte mehr. Das ist die Entwicklungslinie der Zukunft auf innerstaatlichem Gebiete.

Der Kaiser und König hat auch hier recht gesehen. Noch während die Kämpfe toben, legt er mit starker Hand und klarem Blick den Grund für die freie Entfaltung der Kräfte in der Zukunft. Darum ist die Osterbotschaft in Wahrheit eine königliche Tat.

Dr. Beusch-M. Gladbach.

Mehr Gemeinschaftsarbeit in der Lebensmittelverteilung.

Die Arbeiterstreiks am 16. und 17. April in Berlin, Leipzig und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die hauptsächlich durch die Herabsetzung der Brotrationen veranlaßt waren, haben in mehr als einer Richtung alarmierend gewirkt. Wurde es auch als tief bedauerlich empfunden, daß es inmitten der größten aller Schlachten, die die Weltgeschichte bisher gesehen, und die an die heimischen Rüstungsarbeiter die allergespanntesten Ansprüche stellt, überhaupt zu Arbeitseinstellungen von solchem Umfange

kommen konnte, — denn jede Stunde verlorener Arbeitszeit schwächt die Widerstandskraft unserer heldenmütigen Verteidiger draußen in der Kampfesfront und kostet das Blut unserer Volksgenossen, — so mischte sich doch in dieses Gefühl auch genug ehrliches Mitempfinden für die Lage der Arbeiter in den Rüstungs- und Schwerindustrien, die bei der knappen Bemessung der rationierten Lebensmittel schon bisher ihre verbrauchten Kräfte nur ungenügend erneuern konnten und sich bei der weiteren Broteinschränkung in ihrer Ernährung ernstlich bedroht fühlten. Zu dieser Beunruhigung der Arbeiterkreise kam hinzu das Bewußtsein, daß es vielleicht gar nicht der tiefeinschneidenden Maßregel der Brotverkürzung bedürfe, wenn nur bei den Erzeugern und Händlern der Lebensmittel ernsthaft zugegriffen würde, denn daß auf dem Lande der Mangel nicht entfernt so stark empfunden werde, daß man dort noch immer mehr verbrauchen oder zu hohen Preisen verkaufen, ja selbst an das Vieh verfüttern könne, darüber ließen die Zeitungsberichte, die die Arbeiter täglich lasen, gar keinen Zweifel. Es lag nur an der mangelhaften Erfassung und Verteilung der Vorräte, nur an der mangelnden Energie gegenüber der Landbevölkerung, wenn den Städten nicht genug Lebensmittel zugeführt werden konnten. Als drittes Moment der Beunruhigung kam das tiefe Mißtrauen der Arbeiter gegen die Zusicherungen, daß das Manko an Brot durch Fleisch, Graupen, Grütze, Sauerkraut und andere schöne Dinge reichlich ausgeglichen werden sollte, in Frage. Gewiß hatten die Zeitungen auch darüber berichtet, daß das Kriegsernährungsamt die Gewähr für die prompte Lieferung dieser Brotersatzmittel übernehmen wolle, und daß die Brotration so lange unverändert gewährt werden solle, bis die Lieferung der Ersatzmittel wirklich erfolge. Aber hatte man nicht schon wiederholt auf solche Zusicherungen, besonders des Kriegsernährungsamtes vertraut, und dann kam es doch immer ganz anders? Bald war der Winterfrost, bald Transportschwierigkeiten, bald Mangel der Landwirte an Arbeitskräften und Zeit daran schuld, daß wichtige Lebensmittel ausblieben, und wenn selbst da noch alles einigermaßen geklappt hätte, — wie sah es denn mit der Lebensmittelverteilung in den Städten aus? Da fehlte es an allen Ecken und Enden. Aemter und Kommissionen gab es genug, aber die Lebensmittel blieben immer irgendwo anders hängen, als dort, wohin sie kommen sollten. Bald lag die Schuld an der Bureaukratie, bald am Groß- oder Zwischenhandel, bald an den Kleinverkäufern, aber der Verbraucher litt an diesem Wirrwarr am meisten, und am drückendsten lastete die Not doch auf dem Arbeiter, der die Wohnung beim Morgengrauen verlassen mußte und erst am späten Abend zurückkam, abgerackert, zerschlagen, hungrig und müde, und dann die Klagen der Frau über die erfolglose Lebensmitteljagd, über Mangel am Nötigsten und über die sündhaft hohen Preise in sich hineinwürgen mußte. Das fraß an ihm und an seiner moralischen Widerstandskraft, und das schuf die gefährliche Stimmung zu den Arbeitseinstellungen, die der Tag der Brotverkürzung so drastisch zur explosiven Auslösung brachte.

So bedauerlich diese wilden Streiks, an denen die Gewerkschaften völlig unschuldig waren und die die Gewerkschaftsleitungen vergebens zu verhindern sich bemüht hatten, — so erfreulich war ihr glatter Verlauf, von wenigen Ausnahmen abgesehen, sowie ihr Ergebnis. Diese Ausnahmen, um es vorweg zu nehmen, beschränkten sich auf Leipzig und Berlin (hier handelte es sich nur um wenige größere Betriebe) und waren das Resultat unverantwortlicher politisch-syndikalistischer Propaganda, geleitet von der Idee, das russische Beispiel nachzuahmen und durch politische Massenstreiks den Frieden, sowie innerpolitische Forderungen zu erzwingen. Schon diese Vereinzelung beweist, daß die große Masse der Arbeiterschaft diesen Dingen durchaus fernstand. Zur raschen Beendigung des Lebensmittelstreiks hat allerdings der Umstand erheblich beigetragen, daß in Berlin die Gewerkschaftsleitungen, als sie die Bewegung nicht mehr zu hindern vermochten, durch ihre Vertrauensleute wenigstens für einen geordneten Verlauf sorgten. Es ist ihnen in der weitaus großen Mehrzahl der Fälle gelungen, verantwortungslose Elemente fernzuhalten oder einflußlos zu machen und den Willen der Ausständigen auf ein praktisches Ziel hinzulenken.

Dieses Ziel heißt Gemeinschaftsarbeit in der Lebensmittelverteilung. Die Unruhen entsprangen nicht so sehr den Tatsachen der Knappheit der Lebensmittel, denn darin hätten sie keine Besserung, sondern höchstens Verschlimmerungen bringen können — als vielmehr dem mangelnden Vertrauen der Arbeiter zur neuen Lebensmittelverteilung. Sie fühlten sich schon zu oft getäuscht und betrogen, und erblickten in der Arbeitseinstellung die geeignetste Bekundung ihres Entschlusses, sich als notwendige Glieder der Kriegswirtschaft geltend zu machen, die nicht mehr hinter den Erzeugern und Händlern der Lebensmittel zurückgesetzt werden dürften. So verhandelten also die Gewerkschaftsleitungen mit dem Kriegsernährungsamt, dem Kriegsamt und dem preußischen Staatskommissar für Ernährungswesen, und die Abordnungen der Ausständigen mit den Gemeindeverwaltungen, in Berlin mit Zuziehung des preußischen Staatskommissars. Hier wurde auch der Weg gefunden, das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Lebensmittelverteilung zu festigen. Es wurde für Berlin eine ständige Kommission beim Oberbürgermeister, bzw. beim Arbeitsausschuß für Groß-Berlin eingesetzt, die fortan in allen Fragen der Verteilung von Nahrungsmitteln auf dem laufenden gehalten, bei Veränderungen in den Beständen und in der Bemessung der Nahrungsmittel gutachtlich gehört und zur Mitarbeit herangezogen werden soll. Der Staatskommissar Dr. Michaelis erklärte sich selbst bereit, die Kommission über alle Ernährungsfragen ständig zu informieren. In diese Kommission wurden als Arbeitervertreter drei Gewerkschaftsleiter gewählt.

Nicht minder machte es den vorteilhaftesten Eindruck auf die Vertreter der Ausständigen und aus deren Berichterstattung auf die Ausständigen selbst, daß der preußische Staatskommissar sich mit der größten Entschiedenheit für ein unnachsichtliches Vorgehen gegenüber säumiger Ablieferung der Lebensmittel seitens der Erzeuger verbürgte und über die Schaffung einer bis in die Landgemeinden reichenden Organisation zur wirksamen Erfassung weiterer Nahrungsmittel berichten konnte. Sowie man nur den nötigen Ernst in der Beschlagnahme der Lebensmittel erkannte, kehrte das verschwundene Vertrauen zurück und die Rüstungsarbeiter nahmen ihre Arbeit wieder auf.

Aus diesem Vorgang werden die verantwortlichen Leiter der Lebensmittelorganisation in Staat und Gemeinden erkennen, daß es gilt, solche gefährlichen Unruhen zu vermeiden, indem sie allenthalben der Arbeiterschaft eine Vertretung bei der Lebensmittelverteilung einräumen. Der Chef des Kriegsamts, General von Groener, erklärte bereits unumwunden im Reichstagsausschuß bei der Besprechung der Streiks: „Ich habe schon vor längerer Zeit den Regierungen den Rat gegeben, in die Lebensmittelorganisation der Provinz und der Kommunen Arbeitervertreter hineinzunehmen, damit sie selbst mitarbeiten, damit sie sehen, wie die Dinge stehen. Ich hoffe, daß diesem Rat in weitestem Maße Folge gegeben wird." Wäre dieser Rat rechtzeitig befolgt worden und wäre auch vor allem die Verteilung der Hindenburgspende an die Betriebe und in den Betrieben an die Arbeiter unter Mitkontrolle der Arbeiterschaft gestellt worden, so wäre es nicht zu dem Maß von Aufregung und zu der Verbissenheit gekommen, die sich in der Arbeitseinstellung in den Rüstungsindustrien Luft machte.

Es muß den Verwaltungen, die sich so schwer daran gewöhnen können, während des Krieges umzulernen und der Arbeiterschaft die volle Gleichberechtigung einzuräumen, immer aufs neue wiederholt werden: Beteiligt die Arbeiter an allen Zweigen der Kriegsfürsorge. Nur durch wirkliche Gemeinschaftsarbeit kann das deutsche Volk diesen Krieg gewinnen!

Paul Umbreit-Berlin.
(Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.)

Aus dem Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst.

Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 schneidet tiefer in die bürgerlichen Verhältnisse ein, als irgendein anderes, das seit langer Zeit erlassen worden ist. „Das Gesetz schafft neues Recht für die Heimat," sagte Staatssekretär Dr. Helfferich im Reichstag, „aber hinter seinen Paragraphen rollt der Donner der Sommeschlacht. Heimat und Feldschlacht reichen sich in diesem Gesetz die Hand in unauflöslichem Bund zu Kampf und Sieg. Neben die allgemeine Wehrpflicht tritt mit diesem Gesetz die allgemeine Pflicht zum vaterländischen Hilfsdienst, neben die kämpfende Truppe tritt die organisierte Heimarmee."

Hilfsdienstpflichtig ist jeder männliche Deutsche vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahre, soweit er nicht zum Dienst bei der bewaffneten Macht eingezogen ist. Als hilfsdienstpflichtig gilt ohne weiteres die Arbeit

1. im Reichs-, Staats-, Gemeinde- oder Kirchendienst,
2. in der öffentlichen Arbeiter- und Angestelltenversicherung,
3. als Aerzte, Zahnärzte, Tierärzte oder Apotheker,
4. in der Land- und Forstwirtschaft,
5. in der See- und Binnenfischerei,
6. in der See- und Binnenschiffahrt,
7. in Eisenbahnbetrieben, einschließlich des Betriebs der Klein- und Straßenbahnen,
8. auf Werften,
9. in Berg- und Hüttenbetrieben,
10. in der Pulver-, Sprengstoff-, Munitions- oder Waffenfabrikation,
11. in einzelnen kriegswichtigen Betrieben, die von den Kriegsamtsstellen für ihre Bezirke bezeichnet werden.

Vorausgesetzt wird dabei, daß die Zahl der in diesen Berufen arbeitenden Personen das Bedürfnis nicht übersteigt. Nach einer Verordnung vom 1. März 1917 haben sich alle Hilfsdienstpflichtigen, die nicht in einem der angeführten Berufe im Hauptamt tätig sind, zur Eintragung in eine Stammrolle zu melden. Es soll dadurch eine Uebersicht über die zur Verfügung stehenden Kräfte geschaffen werden.

Die oberste Leitung des vaterländischen Hilfsdienstes liegt bei dem Kriegsamt in Berlin. Bei den stellvertretenden Generalkommandos sind Kriegsamtsstellen für die einzelnen Bezirke eingerichtet worden. Eine Reihe von Ausschüssen bei den General- und Bezirkskommandos und den Ersatzkommissionen sorgt für die Erledigung besonderer Aufgaben. Die Feststellungsausschüsse entscheiden, ob ein bestimmter Betrieb für die Kriegsführung oder die Volksversorgung von Bedeutung ist. Die Einberufung und Ueberweisung Hilfsdienstpflichtiger ist Sache der Einberufungsausschüsse. Jeder Hilfsdienstpflichtige, dem von einem Einberufungsausschuß eine schriftliche Aufforderung zum Hilfsdienst zugegangen ist, hat bei einer als Hilfsdienstbetrieb geltenden Stelle Arbeit zu suchen. Findet er binnen zwei Wochen keine Tätigkeit, so wird er einem Hilfsdienstbetriebe zugewiesen. Bei Ueberweisung einer Arbeit soll auf die jeweiligen Verhältnisse des Hilfsdienstpflichtigen nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden.

Um einen zu großen Stellenwechsel und dadurch eine Hemmung in der möglichst schnellen Herstellung von Kriegsbedarf zu verhindern, ist der Abkehrschein eingeführt worden. Er ist eine Bescheinigung darüber, daß der Arbeitgeber mit dem Ausscheiden des Hilfsdienstpflichtigen einverstanden ist. Ohne Abkehrschein erhält der Hilfsdienstpflichtige zwei Wochen lang keine andere Arbeit.

Zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind Beschwerde- oder Schlichtungsausschüsse eingesetzt worden.

Ganz neu in der Gesetzgebung ist die Bestimmung über die Bildung von Arbeiterausschüssen. In allen Betrieben, in denen mehr als 50 gewerbliche Arbeiter oder versicherungspflichtige Angestellte beschäftigt sind, müssen aus ihrer Mitte diese Ausschüsse in unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt werden. Ihre Aufgabe ist, für gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu sorgen und die Wünsche der Arbeiterschaft zur Kenntnis des Unternehmers zu bringen.

Das Hilfsdienstgesetz hat eine Fülle von Rechtsfragen ausgelöst. Der Hilfsdienstvertrag ist ein freier Dienstvertrag, und der Hilfsdienstpflichtige untersteht den Vorschriften des bürgerlichen Rechts. Wichtig ist die Wirkung der Hilfsdienstpflicht auf bestehende Lieferungs- und Dienstverträge. Die Entscheidung hängt hier ganz von der Lage des einzelnen Falles ab. Die Kündigungsfrist sollte möglichst eingehalten werden; mindestens hat der Arbeitnehmer nach Empfang der schriftlichen Aufforderung zum Hilfsdienst noch zwei Wochen in seiner Stellung zu verbleiben.

Dr. Gertrud Marwitz-Berlin.

Die deutsche Industrie im Weltkriege.

Kupfer, Zink, Messing.

Zu den beliebtesten Schlagwörtern in dem „papierenen Feldzug der feindlichen Presse" gegen uns gehört auch die Behauptung, daß wir nicht genügend Kupfer für den Heeresbedarf hätten und daher unsere Kupfer verarbeitende Industrie (Kupferringe für Granaten) aus Mangel an Rohstoffen bald lahmgelegt sei. Auf den ersten Blick scheinen die Verhältnisse in der Tat bedenklich für uns zu liegen. Wir erzeugten selbst nur 41 000 Tonnen Kupfer jährlich vor dem Kriege, verarbeiteten aber fast 300 000 Tonnen. Wenn man nun die Wiederausfuhr auf rund 100 000 Tonnen veranschlagt, so bleibt noch ein jährlicher Eigenbedarf von 200 000 Tonnen, genau fünfmal soviel als die Eigenerzeugung. In dieser Zwangslage, abgeschnitten von der Kupfereinfuhr Amerikas und Spaniens, haben wir zunächst einmal die eigene Förderung wesentlich ausgebaut. Die deutschen Kupfervorkommen sind an sich nicht sehr gewinnbringend, vor allem nicht im Vergleich zu den gewaltigen Lagern Amerikas. Da man wegen der Ergiebigkeit der dortigen Gruben das Kupfer in Friedenszeiten von dort billiger beziehen konnte, so hat man in der richtigen Erwägung, daß der billigste Weg der beste ist, mit Vorliebe ausländisches Kupfer bei uns verarbeitet. Jetzt jedoch sind diese Einfuhrmöglichkeiten abgeschnitten, unser deutscher Bergbau hat daher nicht geruht, sondern ist in ständiger Fortentwicklung und mit bestem Erfolge bemüht, eine Kupfernot von uns abzuwenden. Viele Halden und Gruben werden heute durch Aufbereitung wieder ausgebaut, wobei es sich nicht allein um Kupfer handelt, sondern auch um Zinn und Zink. Die Verfeinerung des Hüttenwesens bringt ferner noch andere unverritzte Lagerstätten zu Ehren, deren Abbau früher nicht wirtschaftlich war. Unlängst ist durch Sachverständige nachgewiesen worden, daß wir in Deutschland über Kupferlager verfügen, die, richtig abgebaut, den größten Teil unseres recht gesteigerten Eigenbedarfs decken. Der Gehalt dieser neuen Fundstätten in der Rheinpfalz und im Saar-Nahegebiet übersteigt 5 v. H. zwar selten, doch kennt man jetzt Verfahren, die eine erfolgreiche Ausbeute gewährleisten. Wir haben also hier durch die Zwangslage des Krieges eine neue ausgezeichnete, höchst zukunftsreiche Versorgungsquelle aufgedeckt, die uns allmählich vom Auslande, vor allem von dem allmächtigen amerikanischen Kupfertrust, unabhängig machen wird.

Aber auch unsere alten Kupferstätten haben — wie bereits erwähnt — ihre Erzeugung namhaft gesteigert; in den Mansfelder Gruben werden jetzt jährlich allein 25 000 Tonnen erzielt, und die Mehrausbeute im Jahre 1915 beispielsweise belief sich trotz Krieg, Arbeitermangel und sonstiger erschwerender Umstände auf rund 5000 Tonnen. Neben diesem ansehnlichen Mehrgewinn aus eigenen Gruben stehen uns aber die großen Bodenschätze der besetzten Landesteile, namentlich Serbiens zur Verfügung. Die Kupfergewinnung dieses Landes ist uns durch Bulgarien, welches diese Gebiete erobert hat, ganz zur Ausbeute überlassen worden.

Nach Schätzung unserer großen Metallgesellschaften kann uns daher ein ernster Kupfermangel überhaupt nicht treffen, zumal wir durch die Metallbeschlagnahme Kupfermengen im verarbeiteten Zustande haben, daß der Kriegsbedarf in Kupfer, Zink, Messing und Nickel auf mindestens 10 Jahre gedeckt ist! Wir haben ferner den Kupferverbrauch überall da eingeschränkt und durch andere Metalle ersetzt, wo es möglich war. In der Elektrizitätsindustrie beispielsweise verwenden wir an Stelle von Kupferdraht mit bestem Erfolge jetzt Zinkdraht, und auch

in anderen Industrien werden statt Kupfer Messing und Zinklegierungen verwandt. In Fachkreisen wird darauf hingewiesen, daß die in jetziger Kriegszeit erwiesene Möglichkeit des Ersatzes von Zink für Kupfer auch für die Folgezeit von größter Bedeutung ist, weil unsere Industrie dadurch auf einen großen Teil der Kupferzufuhr aus dem Auslande verzichten kann.

Die Frage des Kupferbedarfs wäre also auch durch erhebliche Einschränkung des Friedensbedarfs befriedigend gelöst. Die Kupferpreise sind auch ein schlagender Beweis dafür, wie der Wirtschaftskrieg, mit dem England Deutschland besiegen will, schwere Folgen für England selbst hat. Dies wird besonders deutlich auf Gebieten, in denen England nach der landläufigen Auffassung die Welt beherrscht. So beträgt der Preis für Elektrolytkupfer in London weit über Hundert Pfund Sterling gegen 61 Pfund zu Beginn des Krieges. Diese große Preissteigerung ist hervorgerufen durch die gewaltige Steigerung der Frachten (eine Folge unseres U-Boots-Krieges) die starke Nachfrage durch den Kriegsbedarf und die dadurch hervorgerufenen unverschämten Preistreibereien des Amerikanischen Kupferringes! So mußte es aber kommen! — Da sind wir Deutsche doch bessere Menschen, wir schränken den eigenen Bedarf möglichst ein, prüfen die Ersatzfrage, steigern die eigene Förderung und diejenige der besetzten Landesteile gemäß dem Grundsatz: „Selbst ist der Mann" und lassen im übrigen die Kriegsmetallgesellschaften dafür sorgen, daß das Vaterland in dieser ernsten Zeit von gewissenlosen Elementen nicht bejobbert wird und die Metallpreise in annehmbaren Grenzen bleiben. Ebenso erging es den Engländern mit Zink und Zinkpreisen, die drüben sogar um 140 Prozent gestiegen sind, bei den größten Schwierigkeiten in der Beschaffung. Bei uns sind die Preise für Zink dank unserer großartigen Zinkindustrie — wir stehen unter den Zinkerzeugern der Welt an erster Stelle — nur um etwa 30 Prozent gestiegen. Auch hier wie bei Messing ist der Heeresbedarf auf Jahre hinaus gedeckt. Sämtliche Messingwerke, die bisher im wesentlichen Luxusgegenstände arbeiteten, haben ihre Betriebe einer Umgestaltung unterzogen und die Herstellung des Heeresbedarfes mit großem Erfolge aufgenommen. Einzelne Werke, wie die Iserlohner Messinggewerkschaft, sind zur Herstellung von Messing und anderen Metallen jetzt im Kriege wieder in Betrieb genommen worden, — auch ein Zeichen unserer wirtschaftlichen Kraft.

Dr. Esmer-Düsseldorf.

Wo stehen wir in der Sache der Kriegerheimstätten?

Die Kriegerheimstättensache steht schon lange jenseits der Grenze des Erfolges, den irgendeine frühere soziale Bewegung in Deutschland erreicht hat. Denn, was da früher war und begonnen wurde, das litt gar bald an dem alten deutschen Erbfehler: es wurde Parteisache, wurde deshalb von allen anderen Parteien abgelehnt oder wenigstens mißtrauisch betrachtet und in seiner Wirkung auf die Gemüter beschränkt. Darum ist es als ein Glück zu betrachten, daß der Gedanke der Kriegerheimstätten nicht hervorgegangen ist aus irgendeiner parteipolitisch oder konfessionell gefärbten Gruppe des deutschen Volkes, sondern von dem Bunde deutscher Bodenreformer erstmalig ausgesprochen wurde, der, politisch und religiös neutral, seine Mitglieder in allen Parteilagern hat und so dem Gedanken der Kriegerheimstätten von vornherein auf allen Seiten eine freundliche Aufnahme sichern konnte. Das hätte allerdings am Anfang der Arbeit niemand zu hoffen gewagt, daß eine solche Riesenzahl von deutschen Menschen sich jemals für diese Gedanken erklären würden, wie sie heute erreicht ist. Die Organisation zur Ausbreitung des Gedankens der Kriegerheimstätten wurde von Anfang an auf die Grundlage gestellt, daß nur Vereine, Verbände, öffentlich-rechtliche Körperschaften, politische und kirchliche Gemeinden u. dgl. die organisierte Bewegung für das Kriegerheimstättengesetz bilden sollten. Nicht als ob man auf die Mitarbeit der einzelnen hätte verzichten wollen. Wie jede große Bewegung konnte auch diese nur gedeihen, wenn sie getragen wurde von der Begeisterung und Hingabe einzelner Persönlichkeiten. Aber nur die Beschränkung auf körperschaftliche Mitglieder konnte so rasch wie es sein mußte, die vielen kleinen Mittelpunkte schaffen, von denen aus der neue Gedanke durch Wort und Schrift auch an die kleinste Zeitung und auch an den letzten Mann im Volke herangebracht werden konnte. Der einzelne Anhänger konnte ja innerhalb der Verbände, besonders durch Eintritt in den für die Kriegerheimstättensache führenden Bund Deutscher Bodenreformer sich betätigen, und Tausende haben das auch getan und auf diese Weise die Sache der Kriegerheimstätten Schritt für Schritt vorwärtsgebracht in unaufhaltsamem, heute noch weiter gehendem Fortschritt, der die Zahl der angeschlossenen Behörden und Organisationen auf zurzeit 3352 wachsen ließ, deren Mitgliederzahl wohl auf 5—6 Millionen deutsche Familien zu schätzen ist.

An der Spitze des Hauptausschusses für Kriegerheimstätten steht außer dem Führer der Deutschen Bodenreformer Adolf Damaschke, der Generalleutnant z. D. Rohne, bekannt als Herausgeber der „Artilleristischen Monatshefte", der Geheime Admiralitätsrat Dr. Schrameier, der einst als Kaiserlicher Kommissar des Kiautschou-Gebietes durch die Durchführung bodenreformerischer Grundsätze die Voraussetzung dafür schuf, daß sich Tsingtau nach den Worten unseres Kaisers zu einer „Musterstätte deutscher Kulturarbeit" entwickeln konnte. Neben ihnen steht als Vertreter der praktischen Berufsarbeit Adolf Pohlmann-Hohenaspe, der bekannte erfolgreiche Großkaufmann, der in Pernambuco die englische Konkurrenz auf dem Zuckermarkt niederzwang, und endlich als juristischer Beirat Herr Geheimrat Professor Dr. Erman von der Universität Münster.

Von den äußeren Erfolgen der Bewegung ist hervorzuheben der einstimmige Beschluß des Reichstages vom 24. Mai 1916, der unter ausdrücklichem Hinweis auf die Vorarbeiten des Hauptausschusses den Reichskanzler um Vorlage eines Kriegerheimstättengesetzes ersuchte. In dem Gesetzentwurf des Hauptausschusses war selbstverständlich gefordert worden, daß unter allen Bewerbern die Kriegsbeschädigten in erster Reihe zu stehen hätten und daß für diese die Geldfrage durch Kapitalablösung des Kriegszuschusses zur Invalidenrente unverzüglich zu lösen sei. Am 3. Juni hat der Reichstag das Kapitalablösungsgesetz angenommen, und zwar einstimmig — mit alleiniger Ausnahme der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Es liegt ein tiefer innerer Zusammenhang darin: wer dem Reiche die Mittel für die Kriegsführung verweigert, verweigert auch seiner Zukunft das Heimstättenrecht! Darüber hinaus ist in Einzelstaaten — Sachsen und Hessen stehen darin voran — schon vieles auf diesem Gebiete geschehen, von dem später einmal zu berichten sein wird.

Gibt es je eine Frage, in der Heer und Heimat sich zusammenfinden in gemeinsamem Streben, so ist es die Frage der Kriegerheimstätten. Da gilt es für jeden, der eine Verantwortung fühlt für die Zukunft unseres Volkes, sich zu entscheiden, ob er in dieser Frage mithelfen oder ob er tatenlos zur Seite stehen will. Wer sich ein eigenes Urteil bilden will, der bitte den Hauptausschuß für Kriegerheimstätten in Berlin NW 23, Lessingstraße 11, um Ueberlassung seiner Druckschriften. Er versendet sie an jedermann daheim und im Felde gern ohne jede Kosten!

Redakteur Heil-Berlin.

Herausgeber: Prof. Dr. Goetz-Leipzig und Dr. Gerhard Niedermeyer-Berlin.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Oda v. Alvensleben-Berlin. / Fernsprecher: Zentrum 8555 u. 8556.

Druck der Vaterländischen Verlags- und Kunstanstalt, Berlin SW. Johanniterstraße 5.